



Niederschrift

12. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

Sitzungstermin:	Donnerstag, 03.09.2020
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:16 Uhr
Ort, Raum:	Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	Leitung der Sitzung
---------------------	--------------------------	---------------------

Ausschussmitglieder

Frau Tina Lange	DIE LINKE	
Herr Christian Raschke	DIE aNDERE	
Herr Uwe Adler	SPD	bis 19:48 Uhr
Herr Leon Troche	SPD	
Herr Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18:12 Uhr
Herr Michél Berlin	DIE LINKE	
Herr Matthias Finken	CDU	

zusätzliches Mitglied

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis
-----------------------------	---------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Chaled-Uwe Said	AfD
----------------------	-----

sachkundige Einwohner

Frau Dr. Sophie Haebel	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dr. Matthias Kretschmer	Freie Demokraten
Herr Jan Kuppert	DIE aNDERE
Frau Elke Lentz	SPD
Herr Klaus Rietz	BürgerBündnis
Herr Norbert Wilke	DIE LINKE

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.8.2020 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Nahverkehrsplan 2019 für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 20/SVV/0222
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische
Infrastruktur
alle OBR
(2. Lesung)
 - 3.2 Berichterstattung Fortschreibung Stellplatzsatzung
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
 - 3.2.1 Änderung der Stellplatzsatzung
Vorlage: 19/SVV/1091
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
(Wiedervorlage)
 - 3.3 Ausschusszuständigkeitsordnung
Vorlage: 20/SVV/0514
Einreicher: Fraktionen
(alle Ausschüsse)
 - 3.4 Lastenrad-Flotte Potsdam
Vorlage: 20/SVV/0513
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
FA, SBWL, KUM, alle OBR
 - 3.5 Beschattung von Spielplätzen
Vorlage: 20/SVV/0771
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
 - 3.6 Verkehrsberuhigung Anliegerstraße Nedlitzer Straße - Teilstück Nr. 17 A - 18 B
Vorlage: 20/SVV/0777
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
 - 3.7 Entlastung des Verkehrs durch die Nutzung von Wasserwegen
Vorlage: 20/SVV/0835
Einreicher: Fraktion CDU
nur KUM
 - 3.8 Parklets zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität unserer Innenstadt
Vorlage: 20/SVV/0846
Einreicher: Fraktion Freie Demokraten
SBWL, KUM

- 3.9 Divestment und Finanzanlage nach ökologischen, sozialen und Good Governance-Kriterien
Vorlage: 20/SVV/0849
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
FA, KUM, HA
- 3.10 Aufhebung der Sperrung Gutenbergstraße / Jägerstraße
Vorlage: 20/SVV/0852
Einreicher: Fraktion Freie Demokraten
(nur KUM)
- 3.11 Mehr Sicherheit für Kreuzung Hügelweg
Vorlage: 20/SVV/0855
Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
(nur KUM)
- 3.12 Verringerung des Ruhenden Verkehrs
Vorlage: 20/SVV/0858
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KUM, SBWL
- 3.13 Temporäre Spielstraßen einrichten
Vorlage: 20/SVV/0863
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke
(nur KUM)
- 3.14 Ortsdurchfahrung (L204) Paaren sicher machen
Vorlage: 20/SVV/0867
Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
(nur KUM)
- 3.15 Klimaschutzbericht 2017 und Sachstandsbericht zum 1. Aktionsplan des Masterplan 100% Klimaschutz
Vorlage: 20/SVV/0764
Einreicher: Oberbürgermeister, Koordinierung Klimaschutz
(Mitteilungsvorlage)
- 3.16 Straßenlaternen zu Ladesäulen
Vorlage: 20/SVV/0810
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur (Grün- und Verkehrsflächen)
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Vorstellung Verkehrswirkungsanalyse Krampnitz
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 4.2 Berichterstattung zu Stahnsdorfer Straße in eine Fahrradstraße umwandeln (gem. Beschluss zur DS 20/SVV/0023)
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 4.3 Sachstandmitteilung Eröffnung Übergang Groß Glienicke nach Berlin
Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
- 4.4 Berichterstattung zur Baumaßnahme Behlertstraße
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Walter, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.8.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung vom 13.08.2020 gibt es keine Hinweise. Sie wird mit 6:0:2 bestätigt.

Zur Tagesordnung gibt es keine Hinweise. Sie wird ungeändert einstimmig bestätigt.

Antrag auf Rederecht:

- zu TOP 3.6 Verkehrsberuhigung Anliegerstraße Nedlitzer Straße für die Anwohner*innen der Nedlitzer Straße durch Herrn Steffen Findeisen

Dem Antrag auf Rederecht wird einstimmig zugestimmt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Nahverkehrsplan 2019 für die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 20/SVV/0222

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
alle OBR
(2. Lesung)

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) erinnert an die Debatte der 1. Lesung in der letzten Sitzung und geht auf den dort eingebrachten Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE ein.

Die Verwaltung empfiehlt ihn in folgender geänderter Form aufzunehmen:

„Im Nahverkehrskonzept sind folgende Ergänzungen einzufügen:

1. Auf Seite 832 ~~im Kapitel 5.1 Schienenpersonenverkehr~~ ist **nach der Aufzählung** zu ergänzen:

- ~~Taktverdichtung bzw. mehr als 1 Halte pro Stunde der RE 1 an den Bahnhöfen Charlottenhof und Park Sanssouci.~~
- ~~Taktverdichtung in der Relation Golm – Potsdam – Berlin auf 30 Minuten.~~
- **„Darüber hinaus setzt sich die Landeshauptstadt Potsdam beim Land Brandenburg für weitere Verbesserungen im Schienenpersonennahverkehr ein. Dazu zählen beispielsweise zusätzliche Halte der Linie RE 1 an den Bahnhöfen Park Sanssouci und Charlottenhof sowie der Halt der Linie RB 20 in Marquardt.“**

2. Auf Seite 90 im Kapitel 5.5.1 Maßnahmenkonzeption Basisszenario ist zu ergänzen **die Überschrift der Maßnahme L-6 wie folgt zu fassen:**

- **Überschrift „L – 6 Erstellung und Umsetzung eines Buskonzeptes zur Behebung der Erschließungslücke Bornstedter Feld / Bornstedter Ortslage und zur Schaffung neuer Verbindungen zwischen Golm / Eiche / (Potsdam-West) / Bornim – Bornstedt und Campus Jungfernsee“**

3. Auf Seite 104 im Kapitel 5.7.2 Ausstattung der Haltestellen und Verknüpfungspunkte **90 am Ende der Beschreibung der Maßnahme L-6** ist zu ergänzen:

- **„Bestehende Anbindungen sind besser an den Fahrplan der Regionalbahnen anzupassen.“** ~~Der Fahrplan des Busverkehrs ist am Anknüpfungspunkt Bahnhof Park Sanssouci besser an den Fahrplan der Regionalbahnen anzupassen.“~~

Herr Walter bringt den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein, den Herr Niehoff im Anschluss Punkt für Punkt durchgeht und die Empfehlung der Verwaltung darstellt:

„Im Nahverkehrskonzept sind folgende Ergänzungen einzufügen:

1. Klassenzuordnung

Die Haltestellen Campus Jungfernsee und Marquardt (Umsteigebahnhöfe) werden in die Klasse II aufgenommen (mittlere Nutzungsdichte).

Empfehlung der Verwaltung:

Der Ortsteil „Campus Jungfernsee“ wird von Klasse III auf Klasse II angehoben. Der Ortsteil „Marquardt“ sollte jedoch in Klasse III verbleiben, da zu dem Ortsteil neben dem Bahnhof (zukünftige Mobilitätsdrehscheibe) auch die eigentliche Ortslage gehört und sich ein derart stark erhöhtes Angebot nicht wirtschaftlich darstellen lässt.

Nach aktuellen Planungen halten die Züge am Bahnhof Marquardt ohnehin nur im Stundentakt, weshalb sich ein 20-Minuten-Takt keinesfalls rechtfertigen lässt. Im Falle einer Taktverdichtung der Regionalbahn würde mit den dort haltenden Buslinien selbstverständlich entsprechend reagiert und alle Züge mit Bussen erreicht werden.

2. Bedienzeitraum

Bei Klasse III (Fr-So) wird die SVZ (Schwachverkehrszeit) von 23 auf 24 Uhr ausgedehnt.

Empfehlung der Verwaltung:

Diese Änderung sollte in der vorliegenden Form nicht übernommen werden, da sich diese generelle Ausweitung nicht wirtschaftlich abbilden lässt. Stattdessen wird folgender Prüfauftrag vorgeschlagen:

„Es ist zu prüfen, mit welchen alternativen Angeboten, z. B. Rufbus, das ÖPNV-Angebot bei der Klasse III in Zeiten schwacher Nachfrage verbessert werden kann.“

3. Erschließungsqualität

Die Fahrten pro Stunde und Richtung werden bei Klasse III angehoben werden (Tabelle Seite 65):

HVZ (Hauptverkehrszeit): 2 Fahrten statt einer Fahrt

NVZ (Nebenverkehrszeit): 1 bis 2 Fahrten statt 0,5 bis 1 Fahrt

NaVZ (Nachtverkehrszeit): 1 Fahrt am WE statt gar keiner

Empfehlung der Verwaltung:

Diese Änderung sollte nicht übernommen werden. Dabei ist zu beachten, dass zu den Ortsteilen der Klasse III neben einigen nördlichen Ortsteilen auch beispielsweise Klein Glienicke, die Forststraße, der Friedrichspark, die Waldsiedlung Groß Glienicke und das Institut Bornim zählen. Eine Verdopplung des Angebots in allen Ortsteilen der Klasse III lässt sich wirtschaftlich nicht abbilden und ginge zulasten anderer, besser ausgelasteter, ÖPNV-Angebote im Stadtgebiet.

4. Verbindungsqualität

Durchschnittliche Stauzeiten müssen in die Berechnung der Verbindungsdauer einfließen.

Empfehlung der Verwaltung:

Da es sich hierbei um einen methodischen Eingriff in den NVP handelt, der einen großen Bearbeitungsaufwand nach sich zieht, ohne dass dabei Änderungen im Maßnahmenprogramm zu erwarten sind, wird ein alternativer Textvorschlag empfohlen, der auf Seite 68 vor dem Abschnitt „Bewertung“ zu ergänzen ist:

„Zukünftig sind durchschnittliche Stauzeiten bei der Berechnung der Reisezeit zu berücksichtigen.“

5. Infrastrukturmaßnahmen

Seite 82: Weiteren Punkt ergänzen: „Ausbau des Bahnhofs Marquardt mit Inbetriebnahme zum Fahrplanwechsel im Dezember 2022, u.a. mit der Planung folgender Maßnahmen: Taktverdichtung RB21, Halt der RB20 in Marquardt, Trassenvorhaltung Tram-Anschluss“.

Empfehlung der Verwaltung:

Analog zum Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE wird auf Seite 83 nach der Aufzählung ergänzt:

„Darüber hinaus setzt sich die Landeshauptstadt Potsdam beim Land Brandenburg für weitere Verbesserungen im Schienenpersonennahverkehr ein. Dazu zählen beispielsweise zusätzliche Halte der Linie RE 1 an den Bahnhöfen

Park Sanssouci und Charlottenhof sowie der Halt der Linie RB 20 in Marquardt.“

6. Umsetzung des Schienenpersonennahverkehr (SPNV)-Zielnetzes ab Dezember 2022

Die Direktverbindung über Potsdam in der HVZ darf im Gegenzug zur Maßnahme „RB21 als neue Direktverbindung zwischen Potsdam und Berlin Gesundbrunnen über Berlin-Spandau.“ (S. 82) nicht abgeschafft werden.

Empfehlung der Verwaltung:

Diese Änderung sollte nicht übernommen werden, da hier ein Missverständnis zu bestehen scheint.

Die Direktverbindung Golm – Potsdam Hbf – Berlin-Friedrichstraße in der Hauptverkehrszeit (HVZ) wird nicht zulasten der Verbindung über Berlin-Spandau abgeschafft, sondern aufgrund der Taktverdichtung auf der Linie RE 1. Da der zusätzliche Zug auf der Linie RE 1 nicht nur in der HVZ, sondern den ganzen Tag verkehrt und wesentlich mehr Sitzplätze als die RB 21/22 bietet, handelt es sich hierbei in Summe um eine deutliche Angebotsverbesserung und eine Überlastung des RE 1 kann ausgeschlossen werden.

Die LHP hat zudem keinen Einfluss auf das vom Land bestellte SPNV-Angebot.

7. Direkte Bus-Verbindung zwischen Fahrland/Satzkorn und Bornim/Bornstedt

Als weitere Maßnahme (L-13) ist zu untersuchen, wie eine direkte Bus-Verbindung zwischen Fahrland/Satzkorn und Bornim/Bornstedt (Potsdamer Straße) geschaffen werden kann (S. 91).

Empfehlung der Verwaltung:

Auf Seite 91 ist vor der Maßnahme I-1 zu ergänzen:

„L-13 Prüfung einer Direktverbindung zwischen Fahrland / Satzkorn und Bornim / Bornstedt

Es ist der Bedarf einer Direktverbindung zwischen den Ortsteilen Fahrland und Satzkorn sowie Bornstedt und Bornim zu überprüfen und im Falle einer positiven Prüfung die wirtschaftliche und betriebliche Machbarkeit zu untersuchen.“

8. Busspur auf der Potsdamer Straße prüfen

Seite 93: I-5: Durchführung einer Machbarkeitsstudie zur Erweiterung des Straßenbahnnetzes nach Bornim und Golm: Hier ist folgende Alternative zu prüfen: Einrichtung einer Busspur auf der Potsdamer Straße: Die Busspur sollte schon auf Höhe der Grundschule Bornim beginnen und die Umsetzung nicht abhängig von der Verfügbarkeit entsprechender Fördermittel gemacht werden.

Empfehlung der Verwaltung:

Die Beschreibung der Maßnahme I-13 auf Seite ist wie folgt zu formulieren:

„Auf der Potsdamer Straße stadteinwärts ist vor dem Knotenpunkt Amundsenstraße eine Busspur zur ÖPNV-Beschleunigung einzurichten. Die Umsetzung dieser Maßnahme ist von der Verfügbarkeit entsprechender Fördermittel abhängig.“

9. Haltestellen

Die Beleuchtung an Haltestellen ist von der Prioritätensetzung für den Ausbau der Barrierefreiheit abzukoppeln (S. 99).

Empfehlung der Verwaltung:

Die Änderung sollte nicht übernommen werden. Dabei ist zu beachten, dass im Falle eines Umbaus von Haltestellen, dies in der Regel vollumfänglich erfolgt. Das bedeutet, dass die Planung der Beleuchtung nicht losgelöst von anderen Sanierungsmaßnahmen erfolgt. Die Priorität einer beleuchteten Haltestelle gegenüber anderen Merkmalen wie der Barrierefreiheit wird mit dem Nahverkehrsplan nicht bewertet. Für den Nahverkehrsplan sind Gesetze wie das Personenbeförderungsgesetz ausschlaggebend, die die Herstellung der vollständigen Barrierefreiheit fordern. Entsprechend wird die Barrierefreiheit thematisiert und deren Ausbau vorangetrieben.

10. Autonome Betriebsformen

Alternativ oder ergänzend zu autonomen Fahrzeugen (S. 118) sollte der verstärkte Einsatz von Kleinbussen mit Fahrer*innen geprüft werden, um die Ortsteile besser anzubinden.

Empfehlung der Verwaltung:

Diese Änderung sollte nicht übernommen werden. Analog zum Punkt 2 wird stattdessen folgender Prüfauftrag vorgeschlagen:

„Es ist zu prüfen, mit welchen alternativen Angeboten, z. B. Rufbus, das ÖPNV-Angebot bei der Klasse III in Zeiten schwacher Nachfrage verbessert werden kann.“

11. Maßnahmenprogramm

S.119: Die Vergleichbarkeit der Maßnahmen untereinander darf nicht nur unter den Prämissen beste verkehrliche Wirkung, leichte Durchführbarkeit bzw. Umsetzbarkeit und geringste benötigte Finanzmittel hergestellt werden. Die folgenden Prämissen müssen bei der Bewertung der Maßnahmen ebenfalls eine Rolle spielen: Umweltverträglichkeit, Klimaschutz und Stadtgestaltung mit Aufenthaltsqualität.

Empfehlung der Verwaltung:

Bei der Bewertung der Maßnahmen wurden auch die hier genannten Kriterien berücksichtigt. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Übersichtlichkeit werden im Text jedoch nur die ausschlaggebendsten Kriterien benannt.

Die gewünschte Änderung bedarf eines großen Bearbeitungsaufwands, ohne dass dabei Änderungen im Maßnahmenprogramm zu erwarten sind. Daher wird ein alternativer Textvorschlag empfohlen, der auf Seite 119 nach der Aufzählung zu ergänzen ist:

„Zukünftig sind bei der Bewertung der Maßnahmen auch die folgenden Kriterien zu berücksichtigen:

- Umweltverträglichkeit
- Klimaschutz
- Stadtgestaltung mit Aufenthaltsqualität

Die Beschlussvorschläge resultieren aus der Empfehlung des Energieforums Potsdam, das sich mit dem Nahverkehrsplan 2019 intensiv auseinandergesetzt hat.“

Herr Walter teilt für den Antragsteller mit, den Empfehlungen der Verwaltung zu folgen.

Herr Adler bringt den Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE ein:

„Die aktuelle Befassung zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans 2019-2023 der Landeshauptstadt Potsdam, gibt Anlass nachfolgende Prüfaufträge zu formulieren

1. Um auch zukünftig „komfortable“ verbindende öPNV-Anschlüsse zu sichern und die unterschiedlichen Verkehrsarten und Anbieter öPNV in Potsdam ökonomisch miteinander zu verknüpfen, ist die Einführung eines variablen belastungsbezogenen „Potsdam-Takt“ zu prüfen!
2. Um flexible Verbesserungen des öPNV-Angebots in den (Tages-) Randzeiten im Ersatz für den Linienbusverkehr zu erreichen, ist der Einsatz von Rufbussen, in allen Potsdamer Ortsteilen zu prüfen!
3. Um den Hauptknotenpunkt Hauptbahnhof sowie die innerstädtischen öPNV-Trassen zu entlasten, sind Möglichkeiten der „Brechung von landkreisübergreifenden öffentlichen Verkehre“ zu prüfen!
4. Unsere ÖPNV- Verkehre der Zukunft müssen flexibel und dynamisch gestaltet werden. Das Verkehrswachstum muss über die Region hinaus gedacht und geplant werden. Daher soll im Rahmen einer gemeinsamen Erörterung (Runder Tisch) mit den Landkreisen, den angrenzenden Gemeinden in Potsdam-Mittelmark, Havelland, Teltow-Fläming und der Stadt Brandenburg an der Havel sowie dem VBB geprüft werden, ob und wie ein gemeinsames Regionalverkehrskonzept wirtschaftliche, ökologische oder das öPNV-Angebot verbessernde Synergien schaffen kann!“

Empfehlung der Verwaltung:

Herr Niehoff teilt mit, dass die Prüfungen vorgenommen werden können und die Punkte in die Fortschreibung des Nahverkehrsplans aufgenommen werden.

Frau Thiel möchte wissen, was Barrierefreiheit hier genau bedeutet. In diesem Zusammenhang bezieht sie sich auf das Lichtkonzept. Licht gehört gerade für Menschen mit einer Sehbeeinträchtigung zur Barrierefreiheit entscheidet dazu.

Herr Niehoff benennt die Barrierefreiheit als einen entscheidenden Punkt bei den Überlegungen zum Nahverkehr. Hier sind zwei Schwerpunkte maßgebend: wie wird die Barrierefreiheit in den nächsten Jahren umgesetzt und der geplante Austausch der noch genutzten Tatra-Bahnen gegen Niederflurbahnen.

Zum Abstimmungsverfahren schlägt der Vorsitzende vor, die Ergänzungs- und Änderungsanträge in Form der Empfehlung der Verwaltung zur Abstimmung zu stellen.

Dagegen gibt es keine Einwände.

- 1) Abstimmung der Änderungsanträge der Ortsbeiräte (vorgestellt in der Sitzung am 13.8.2020 – siehe Auflistung Anlage 2) in Form der Empfehlungen der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis: mit 7:0:2 **angenommen**.

- 2) Abstimmung Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Form der Empfehlungen der Verwaltung:

1. Auf Seite 83 ist nach der Aufzählung zu ergänzen:

„Darüber hinaus setzt sich die Landeshauptstadt Potsdam beim Land Brandenburg für weitere Verbesserungen im Schienenpersonennahverkehr ein. Dazu zählen beispielsweise zusätzliche Halte der Linie RE 1 an den Bahnhöfen Park Sanssouci und Charlottenhof sowie der Halt der Linie RB 20 in Marquardt.“

2. Auf Seite 90 im Kapitel 5.5.1 Maßnahmenkonzeption Basisszenario ist die Überschrift der Maßnahme L-6 wie folgt zu fassen:

„L – 6 Erstellung und Umsetzung eines Buskonzeptes zur Behebung der Erschließungslücke Bornstedter Feld / Bornstedter Ortslage und zur Schaffung neuer Verbindungen zwischen Golm / Eiche / (Potsdam-West) / Bornim – Bornstedt und Campus Jungfernsee“

3. Auf Seite 90 am Ende der Beschreibung der Maßnahme L-6 ist zu ergänzen:

„Bestehende Anbindungen sind besser an den Fahrplan der Regionalbahnen anzupassen.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig **angenommen**.

- 3) Abstimmung Ergänzungsantrag Bündnis90/Die Grünen vom 3.9.2020 in Form der Empfehlung der Verwaltung

Im Nahverkehrskonzept sind folgende Ergänzungen einzufügen:

1. Klassenzuordnung

Die Haltestellen Campus Jungfernsee und Marquardt (Umsteigebahnhöfe) werden in die Klasse II aufgenommen (mittlere Nutzungsdichte).

Empfehlung der Verwaltung:

Der Ortsteil „Campus Jungfernsee“ wird von Klasse III auf Klasse II angehoben und der Ortsteil „Marquardt“ verbleibt in Klasse III.

2. Bedienzeitraum

Bei Klasse III (Fr-So) wird die SVZ (Schwachverkehrszeit) von 23 auf 24 Uhr ausgedehnt.

Empfehlung der Verwaltung:

„Es ist zu prüfen, mit welchen alternativen Angeboten, z. B. Rufbus, das ÖPNV-Angebot bei der Klasse III in Zeiten schwacher Nachfrage verbessert werden kann.“

3. Erschließungsqualität

Die Fahrten pro Stunde und Richtung werden bei Klasse III angehoben werden (Tabelle Seite 65):

HVZ (Hauptverkehrszeit): 2 Fahrten statt einer Fahrt

NVZ (Nebenverkehrszeit): 1 bis 2 Fahrten statt 0,5 bis 1 Fahrt

NaVZ (Nachtverkehrszeit): 1 Fahrt am WE statt gar keiner

Empfehlung der Verwaltung:

Diese Änderung wird nicht übernommen.

4. Verbindungsqualität

Durchschnittliche Stauzeiten müssen in die Berechnung der Verbindungsdauer einfließen.

Empfehlung der Verwaltung:

Auf Seite 68 ist vor dem Abschnitt „Bewertung“ folgender Satz zu ergänzen:

„Zukünftig sind durchschnittliche Stauzeiten bei der Berechnung der Reisezeit zu berücksichtigen.“

5. Infrastrukturmaßnahmen

Seite 82: Weiteren Punkt ergänzen: „Ausbau des Bahnhofs Marquardt mit Inbetriebnahme zum Fahrplanwechsel im Dezember 2022, u.a. mit der Planung folgender Maßnahmen: Taktverdichtung RB21, Halt der RB20 in Marquardt, Trassenvorhaltung Tram-Anschluss“.

Empfehlung der Verwaltung:

Analog zum Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE wird auf Seite 83 nach der Aufzählung ergänzt:

„Darüber hinaus setzt sich die Landeshauptstadt Potsdam beim Land Brandenburg für weitere Verbesserungen im Schienenpersonennahverkehr ein. Dazu zählen beispielsweise zusätzliche Halte der Linie RE 1 an den Bahnhöfen Park Sanssouci und Charlottenhof sowie der Halt der Linie RB 20 in Marquardt.“

6. Umsetzung des SPNV-Zielnetzes ab Dezember 2022

Die Direktverbindung über Potsdam in der HVZ darf im Gegenzug zur Maßnahme „RB21 als neue Direktverbindung zwischen Potsdam und Berlin Gesundbrunnen über Berlin-Spandau.“ (S. 82) nicht abgeschafft werden.

Empfehlung der Verwaltung:

Diese Änderung wird nicht übernommen.

7. Direkte Bus-Verbindung zwischen Fahrland/Satzkorn und Bornim/Bornstedt

Als weitere Maßnahme (L-13) ist zu untersuchen, wie eine direkte Bus-Verbindung zwischen Fahrland/Satzkorn und Bornim/Bornstedt (Potsdamer Straße) geschaffen werden kann (S. 91).

Empfehlung der Verwaltung:

Auf Seite 91 ist vor der Maßnahme I-1 zu ergänzen:

„L-13 Prüfung einer Direktverbindung zwischen Fahrland / Satzkorn und Bornim / Bornstedt

Es ist der Bedarf einer Direktverbindung zwischen den Ortsteilen Fahrland und Satzkorn sowie Bornstedt und Bornim zu überprüfen und im Falle einer positiven Prüfung die wirtschaftliche und betriebliche Machbarkeit zu untersuchen.“

8. Busspur auf der Potsdamer Straße prüfen

Seite 93: I-5: Durchführung einer Machbarkeitsstudie zur Erweiterung des Straßenbahnnetzes nach Bornim und Golm: Hier ist folgende Alternative zu prüfen: Einrichtung einer Busspur auf der Potsdamer Straße: Die Busspur sollte schon auf Höhe der Grundschule Bornim beginnen und die Umsetzung nicht abhängig von der Verfügbarkeit entsprechender Fördermittel gemacht werden.

Empfehlung der Verwaltung:

Die Beschreibung der Maßnahme I-13 auf Seite ist wie folgt zu formulieren:

„Auf der Potsdamer Straße stadteinwärts ist vor dem Knotenpunkt Amundsenstraße eine Busspur zur ÖPNV-Beschleunigung einzurichten. Die Umsetzung dieser Maßnahme ist von der Verfügbarkeit entsprechender Fördermittel abhängig.“

9. Haltestellen

Die Beleuchtung an Haltestellen ist von der Prioritätensetzung für den Ausbau der Barrierefreiheit abzukoppeln (S. 99).

Empfehlung der Verwaltung:

Die Änderung wird nicht übernommen.

10. Autonome Betriebsformen

Alternativ oder ergänzend zu autonomen Fahrzeugen (S. 118) sollte der verstärkte Einsatz von Kleinbussen mit Fahrer*innen geprüft werden, um die Ortsteile besser anzubinden.

Empfehlung der Verwaltung:

„Es ist zu prüfen, mit welchen alternativen Angeboten, z. B. Rufbus, das ÖPNV-Angebot bei der Klasse III in Zeiten schwacher Nachfrage verbessert werden kann.“

11. Maßnahmenprogramm

S.119: Die Vergleichbarkeit der Maßnahmen untereinander darf nicht nur unter den Prämissen beste verkehrliche Wirkung, leichte Durchführbarkeit bzw. Umsetzbarkeit und geringste benötigte Finanzmittel hergestellt werden. Die folgenden Prämissen müssen bei der Bewertung der Maßnahmen ebenfalls eine Rolle spielen: Umweltverträglichkeit, Klimaschutz und Stadtgestaltung mit Aufenthaltsqualität.

Empfehlung der Verwaltung:

Auf Seite 119 ist nach der Aufzählung zu ergänzen:

„Zukünftig sind bei der Bewertung der Maßnahmen auch die folgenden Kriterien zu berücksichtigen:

- Umweltverträglichkeit
- Klimaschutz
- Stadtgestaltung mit Aufenthaltsqualität

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

- 4) Abstimmung Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE zur Übernahme durch die Verwaltung und Aufnahme in die Fortschreibung des Nahverkehrsplans:

Die aktuelle Befassung zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans 2019-2023 der Landeshauptstadt Potsdam, gibt Anlass nachfolgende Prüfaufträge zu formulieren

1. Um auch zukünftig „komfortable“ verbindende ÖPNV-Anschlüsse zu sichern und die unterschiedlichen Verkehrsarten und Anbieter ÖPNV in Potsdam ökonomisch miteinander zu verknüpfen, ist die Einführung eines variablen belastungsbezogenen „Potsdam-Takt“ zu prüfen!
2. Um flexible Verbesserungen des ÖPNV-Angebots in den (Tages-)Randzeiten im Ersatz für den Linienbusverkehr zu erreichen, ist der Einsatz von Rufbussen, in allen Potsdamer Ortsteilen zu prüfen!
3. Um den Hauptknotenpunkt Hauptbahnhof sowie die innerstädtischen ÖPNV-Trassen zu entlasten, sind Möglichkeiten der „Brechung von landkreisübergreifenden öffentlichen Verkehre“ zu prüfen!
4. Unsere ÖPNV- Verkehre der Zukunft müssen flexibel und dynamisch gestaltet werden. Das Verkehrswachstum muss über die Region hinaus gedacht und geplant werden. Daher soll im Rahmen einer gemeinsamen Erörterung (Runder Tisch) mit den Landkreisen, den angrenzenden Gemeinden in Potsdam-Mittelmark, Havelland, Teltow-Fläming und der Stadt Brandenburg an der Havel sowie dem VBB geprüft werden, ob und wie ein gemeinsames Regionalverkehrskonzept wirtschaftliche, ökologische oder das ÖPNV-Angebot verbessernde Synergien schaffen kann!“

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende stellt die geänderte Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Zur Sicherstellung eines attraktiven Angebots im öffentlichen Personennahverkehr bildet das Basisszenario des anliegenden Nahverkehrsplans 2019 – 2023 die Grundlage für das weitere Handeln.

Darüber hinaus ist bis spätestens Dezember 2020 ein entsprechendes Finanzierungskonzept für den NVP und insbesondere für die im NVP enthaltenen Investitionen und den daraus resultierenden Betriebs- und Folgekosten für die LHP (inklusive mittelfristiger Finanzplanung) der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Dabei sind auch die Voraussetzungen für eine höhere Attraktivität des ÖPNV gemäß dem Entwicklungsszenario „Verkehrsverlagerung“ zu prüfen.

Mit folgenden Ergänzungen/ Änderungen (in der Reihenfolge aus dem NVP):

S. 38f:

Der Fernbahnhof Berlin-Spandau ist insbesondere aus den nördlichen Ortsteilen **entlang der Bundesstraße B 2** schnell mit den Bussen der Linie 638 zu erreichen. **Für Fahrgäste aus den anderen nördlichen Ortsteilen wird die Erreichbarkeit des Bahnhofs Berlin-Spandau vom Bahnhof Marquardt mit der neuen Linienführung der Linie RB 21 ab Dezember 2022 verbessert.“**

Auf Seite 47 ist am Ende des Kapitels 3.4.5 zu ergänzen:

„Während der Laufzeit dieses Nahverkehrsplans soll mit Vertreterinnen und Vertretern der umliegenden Landkreise und Gemeinden sowie des VBB erörtert werden, ob und wie durch ein gemeinsames Regionalverkehrskonzept für das Potsdamer Umland wirtschaftliche, ökologische und das ÖPNV-Angebot verbessernde Synergien geschaffen werden können.“

Tabelle Seite 60: **Anhebung Campus Jungfernsee auf Klasse II.**

Seite 61, Tabelle 4.1: **statt „Marquardt-Friedrichspark“ heißt es „Friedrichspark“**

Auf Seite 68 ist vor dem Abschnitt „Bewertung“ folgender Satz zu ergänzen:

„Zukünftig sind durchschnittliche Stauzeiten bei der Berechnung der Reisezeit zu berücksichtigen.“

Auf Seite 83 nach der Aufzählung folgenden Absatz ergänzen:

„Darüber hinaus setzt sich die Landeshauptstadt Potsdam beim Land Brandenburg für weitere Verbesserungen im Schienenpersonennahverkehr ein. Dazu zählen beispielsweise zusätzliche Halte der Linie RE 1 an den

Bahnhöfen Park Sanssouci und Charlottenhof sowie der Halt der Linie RB 20 in Marquardt.“

Seite 90, Maßnahme L-4: **statt „Friedrichspark in Marquardt“ heißt es „Friedrichspark“**

In der Beschreibung zur Maßnahme L-1 (Busvorlauf Krampnitz) nach dem zweiten Absatz Folgendes ergänzen:

„Es ist außerdem eine Verlängerung des Bedienzeitraums der Linie 609 auf dem Abschnitt Fahrland – Satzkorn an Wochenenden zu prüfen, sodass die letzte Fahrt gegen 1 Uhr in Satzkorn ankommt.“

Überschrift und Beschreibung der Maßnahme L-6 (Buskonzept Nordwest) ergänzen:

„L-6: Erstellung und Umsetzung eines Buskonzeptes zur Behebung der Erschließungslücke Bornstedter Feld / Bornstedter Ortslage und zur Schaffung neuer Verbindungen zwischen Golm / Eiche / (Potsdam-West) / ~~Bornim~~ **Bornim – und Bornstedt **und Campus Jungfernsee****

Zur Schaffung neuer Tangentialverbindungen zwischen Bornstedt / Golm / Potsdam West ist ein Buskonzept zu erarbeiten. Verbindungen zwischen Campus Jungfernsee und Potsdam West über Bornstedt bzw. Eiche sind zu prüfen **und nach Möglichkeit Anschlüsse am Bahnhof Park Sanssouci zu den Linien des Schienenpersonennahverkehrs herzustellen.**

An der Haltestelle Kirschallee und ggf. an einer neuen Haltestelle auf der Amundsenstraße (Höhe Katharinenholzstraße) ist eine B+R-Station einzurichten.

Bestehende Anbindungen sind zudem besser an den Fahrplan der Regionalbahnen anzupassen.“

Auf Seite 90 ist die Beschreibung der Maßnahme L-4 wie folgt zu ändern:

Es ist zu prüfen, inwiefern das Gewerbegebiet Friedrichspark ~~in Marquardt~~ durch den ÖPNV erschlossen werden kann. Dabei sind Anbindungen durch die Buslinie 609, 614 und 650 **sowie der Bedarfshalt Bahnhof Satzkorn** zu prüfen.

Ergänzung folgender Maßnahme auf Seite 91 vor der Maßnahme I-1:

„L-13: Prüfung einer Direktverbindung zwischen Fahrland/Satzkorn und Bornim/Bornstedt

Es ist der Bedarf einer Direktverbindung zwischen den Ortsteilen Fahrland und Satzkorn sowie Bornstedt und Bornim zu überprüfen und im Falle einer positiven Prüfung die wirtschaftliche und betriebliche Machbarkeit zu untersuchen.“

Ergänzung am Ende der Beschreibung der Maßnahme I-5 (Machbarkeitsstudie Tram Golm):

„Des Weiteren sollen andere Möglichkeiten wie der Einsatz von Bussen mit alternativen Antrieben auf eigenen Bussonderfahrstreifen in die Untersuchung einbezogen werden.“

Seite 97: I-13: Formulierung offener gestalten, Hinweis auf Fördermittel ist bei allen Investitionsmaßnahmen obligatorisch. Maßnahme I-13 wie folgt fassen:

I-13: Einrichtung einer Busspur auf der Potsdamer Straße

Auf der Potsdamer Straße stadteinwärts zwischen Florastraße und **ist vor dem Knotenpunkt** Amundsenstraße eine Busspur zur ÖPNV-Beschleunigung einzurichten. Die Umsetzung dieser Maßnahme ist von der Verfügbarkeit entsprechender Fördermittel abhängig.

Ergänzen vor Abbildung 5.1:

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie soll zudem untersucht werden, inwiefern die Weiterentwicklung des Straßenbahnnetzes und die Einführung alternativer Antriebe im Busnetz einander sinnvoll ergänzen können.

Auf Seite 119 ist nach der Aufzählung zu ergänzen:

„Zukünftig sind bei der Bewertung der Maßnahmen auch die folgenden Kriterien zu berücksichtigen:

- **Umweltverträglichkeit**
- **Klimaschutz**
- **Stadtgestaltung mit Aufenthaltsqualität**

Anlage 7 (Fahrwege mit Handlungsbedarf) wird um folgende Zeilen ergänzt:

Nr.	Straße/ Fahrweg	Abschnitt	Mangel
29	Reiher- bergstr.	Zwischen Karl- Liebknech- t-Str. und Kuhforter Damm	Schlechter Straßenbelag
30	Tulpen- weg	Gesamte Länge	Enger Straßenquerschnitt, problematisch für Begegnungen mit übrigen Verkehr
31	Kaiser- Friedrich -Str.	Gesamte Länge	Rückstau durch zu kurzen Abbiegefahrstreifen am KP Kaiser-Friedrich- Str./Amundsenstr. Gefahr für Fahrgäste durch Mangel an Querungsmöglichkeiten

Redaktionelle Änderung in der Maßnahmenliste Anlage 8 – L-8 Erstellung eines Buskonzeptes zur Optimierung der Linienführung der Buslinien 605, 606 und 612 in Golm, wie folgt:

Beginn der Planung: kurzfristig

Realisierungshorizont: mittelfristig

Prüfung und Aufnahme in die Fortschreibung des Nahverkehrsplans:

1. Um auch zukünftig „komfortable“ verbindende ÖPNV-Anschlüsse

zu sichern und die unterschiedlichen Verkehrsarten und Anbieter ÖPNV in Potsdam ökonomisch miteinander zu verknüpfen, ist die Einführung eines variablen belastungsbezogenen „Potsdam-Takt“ zu prüfen.

2. Um flexible Verbesserungen des ÖPNV-Angebots in den (Tages-)Randzeiten im Ersatz für den Linienbusverkehr zu erreichen, ist der Einsatz von Rufbussen, in allen Potsdamer Ortsteilen zu prüfen.
3. Um den Hauptknotenpunkt Hauptbahnhof sowie die innerstädtischen ÖPNV-Trassen zu entlasten, sind Möglichkeiten der „Brechung von landkreisübergreifenden öffentlichen Verkehre“ zu prüfen.
4. Unsere ÖPNV- Verkehre der Zukunft müssen flexibel und dynamisch gestaltet werden. Das Verkehrswachstum muss über die Region hinausgedacht und geplant werden. Daher soll im Rahmen einer gemeinsamen Erörterung (Runder Tisch) mit den Landkreisen, den angrenzenden Gemeinden in Potsdam-Mittelmark, Havelland, Teltow-Fläming und der Stadt Brandenburg an der Havel sowie dem VBB geprüft werden, ob und wie ein gemeinsames Regionalverkehrskonzept wirtschaftliche, ökologische oder das ÖPNV-Angebot verbessernde Synergien schaffen kann.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.2 Berichterstattung Fortschreibung Stellplatzsatzung Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

Herr Dr. Leben (Bereich Verkehrsentwicklung) stellt die Überarbeitung der Stellplatzsatzung anhand einer Präsentation (die diesem Protokoll als Anlage beigefügt wird) vor. Er geht dabei auf Inhalt, Sachstand sowie das weitere Verfahren ein.

Herr Spade erkundigt sich, ob bei den Fahrradstellplätzen auch Sonderformen bedacht wurden.

Herr Dr. Leben bedankt sich für den Hinweis, den die Verwaltung aufnehmen wird.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

zu 3.2.1 **Änderung der Stellplatzsatzung**

Vorlage: 19/SVV/1091

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
(Wiedervorlage)

(Präsentation Überarbeitung Stellplatzsatzung siehe Tagesordnungspunkt 3.2)

Herr Berlin bezieht sich auf die zuvor vorgestellte Überarbeitung der Stellplatzsatzung und empfiehlt, den Antrag zurückzustellen und zum Abgleich nochmals in die antragstellende Fraktion zu geben.

Auch Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) schließt sich dieser Empfehlung an.

Herr Adler erkundigt sich nach der Betrachtung unterschiedlicher Beispielstädte durch Verwaltung und Antragssteller.

Herr Dr. Leben erläutert, dass auch die Verwaltung auf der Suche nach Input unterschiedliche Städte betrachtet hat, um einen Überblick über die Möglichkeiten zu erhalten und passendes herauszufiltern.

Der Vorsitzende stellt die Zurückstellung des Antrages zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig **angenommen**.

zu 3.3 **Ausschusszuständigkeitsordnung**

Vorlage: 20/SVV/0514

Einreicher: Fraktionen
(alle Ausschüsse)

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Ausschusszuständigkeitsordnung als Anlage zur Geschäftsordnung (gemäß Anlage 1)

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.4 Lastenrad-Flotte Potsdam

Vorlage: 20/SVV/0513

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
FA, SBWL, KUM, alle OBR

Herr Walter informiert, dass sich hier noch Abstimmungsbedarf ergeben hat und er den Antrag gerne noch einmal zurückstellen würde.

Der Vorsitzende stellt den Antrag auf Zurückstellung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu 3.5 Beschattung von Spielplätzen

Vorlage: 20/SVV/0771

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Frau Lange bringt den Antrag ein.

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) teilt mit, dass die Verwaltung die beiden ersten Punkte des Antrages zur Annahme empfiehlt. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag aus dem Ortsbeirat Fahrland 20/SVV/0610, wo hierzu bereits ausgeführt wurde. Das Stadtentwicklungskonzept Spielplätze stehe kurz vor dem Abschluss, wo das Thema Sonnenschutz gesamtstädtisch betrachtet wird. Er schlägt vor, die geforderte Berichterstattung im hiesigen Ausschuss vorzunehmen.

Dem Punkt 3 des Antrages sollte nicht gefolgt werden, diese Forderung ist im Hitzeschutzkonzept der Koordinierungsstelle Klimaschutz bereits enthalten. Eine Neuauflage bis Ende 2020 ist regulär nicht vorgesehen und würde Ressourcen binden, die dringend in anderen geplanten Prozessen benötigt werden.

Frau Lange übernimmt die Berichterstattung im KUM. Wenn im Spielplatzkonzept auf das Thema Hitzeschutz eingegangen wird, kann auch der Punkt 3 des Antrages entfallen.

Herr Schmäh sagt dies zu.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- bis Ende 2021 auf allen 31 unbeschatteten kommunalen Spielplätzen (siehe Kleine Anfrage 20/SVV/0639) für einen kurzfristigen Teilsonnenschutz mittels Sonnensegel sowie einen langfristigen Sonnenschutz durch geeignete Bepflanzung zu sorgen. **Der Ausschuss für Klima, Umwelt und**

MobilitätStadtverordnetenversammlung ist bis Ende 2020 ein Zwischenbericht zu geben.

- zu prüfen, inwieweit auf allen 145 vorhandenen kommunalen Spielplätzen mindestens eine Beschattung von 50% erreicht werden kann (verschiedene Möglichkeiten und deren Kosten). Der **Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität**Stadtverordnetenversammlung ist hierzu bis Ende 2020 zu berichten.
- ~~Hitzeschutzmaßnahmen für kommunale Spielplätze im Hitzeschutzkonzept der Stadt Potsdam mit aufzunehmen. Dabei sind für künftige Spielplätze immer mindestens 50% Beschattung zu planen und umzusetzen. Der Stadtverordnetenversammlung ist hierzu bis Ende 2020 eine entsprechende Neufassung vorzulegen~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmhaltung: 1

zu 3.6 Verkehrsberuhigung Anliegerstraße Nedlitzer Straße - Teilstück Nr. 17 A - 18 B

Vorlage: 20/SVV/0777

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Herr Findeisen nimmt sein Rederecht als Anwohner der Nedlitzer Straße wahr. Seit fünf Jahren registriert er eine extreme Zunahme des Kfz-Verkehrs an dieser Stelle. Er berichtet von verschiedenen gefährlichen Situationen und bittet daher um Prüfung von Maßnahmen, die diese Stelle sicherer machen.

Herr Raschke bringt den Antrag ein.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) informiert, dass die betreffende Straße noch nicht gewidmet ist. Die geforderte Prüfung wird vorgenommen. Sie bittet um Berichterstattung im hiesigen Ausschuss.

Herr Raschke stimmt der Bitte um Berichterstattung im KUM-Ausschuss zu.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, im Teilbereich der Nedlitzer Straße 17 A - 18 B folgende Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und zur Verbesserung der Verkehrssicherheit zu prüfen:

- Einrichtung einer Einbahnstraße in Richtung Westen im Straßenabschnitt

zwischen Mauer und Kita Farbenspiel und

- Ausweisung eines Verkehrsberuhigten Bereiches oder einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf Schrittgeschwindigkeit.

Das Prüfergebnis soll **dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität der Stadtverordnetenversammlung** im Dezember 2020 vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.7 **Entlastung des Verkehrs durch die Nutzung von Wasserwegen**

Vorlage: 20/SVV/0835

Einreicher: Fraktion CDU

nur KUM

Herr Finken bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) gibt hinsichtlich der zwangsläufig längeren Reisezeiten zu bedenken, wie hoch die Entlastung tatsächlich wäre. Zudem sei eine ganzjährige Nutzung nicht möglich. Wasserwege seien für die Alltagsnutzung daher ungeeignet. Hier sollte stattdessen die Alternative Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) gestärkt werden.

Herr Berlin hält es grundsätzlich für wichtig, sich Gedanken um Alternativen zu machen, aber dieser Antrag sei abzulehnen.

Herr Martin weist auf den Umweltaspekt hin, Wasserwege seien nicht die umweltfreundlichsten.

Herr Kuppert verweist zudem auf die zu erwartende Lärmbelastung.

Herr Walter wiederum hält die Forderung für durchaus realisierbar und auch sinnvoll. Mit Blick auf den Anleger in Nedlitz sehe er eine zielführende Möglichkeit, diesen Vorschlag umzusetzen.

Herr Adler hält die Idee in die Zukunft gedacht für durchaus sinnreich, für die Gegenwart jedoch sei sie eher unrealistisch. Er folgt den Ausführungen der Verwaltung.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt zu untersuchen, ob die Nutzung ausgewählter Wasserwege zur Entlastung anderer Verkehrsarten möglich ist und dabei zu betrachten, welche Auswirkungen auf die hauptsächlich durch Pendler

auf die Nutzung der Hauptverkehrswege erzielt werden können. Hierbei sind insbesondere der Einsatz von Schnellfähren von Krampnitz zum Hauptbahnhof, den Bahnhöfen Griebnitzsee und Wannsee zu betrachten sowie ggf. eine Verbindung aus Richtung Werder zum Hauptbahnhof.

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist bis Ende erstes Quartal 2021 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	7
Stimmhaltung:	0

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.8 Parklets zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität unserer Innenstadt

Vorlage: 20/SVV/0846

Einreicher: Fraktion Freie Demokraten
SBWL, KUM

Dr. Kretschmer bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) berichtet, dass die Aufenthaltsqualität der Brandenburger Straße die Verwaltung bereits beschäftigt. Sie erinnert an die Planungen zur notwendigen Neupflasterung, der Ausbau der Brandenburger Straße steht bevor. Zu den im Antrag konkret genannten Straßen weist sie auf teils aktiven Lieferverkehr hin.

Sie schlägt die Umwandlung des Antrags in einen Prüfauftrag vor, der vorsieht, die Prüfungen im Rahmen des Innenstadtverkehrskonzeptes vorzunehmen. Die anschließende Berichterstattung würde sie gern im hiesigen Ausschuss vortragen.

Herr Twerdy sieht Parklets in Fußgängerzonen kritisch, sie sollten eher anstelle von bestehenden Kfz-Stellplätzen eingesetzt werden.

Herr Berlin folgt der Empfehlung der Verwaltung und spricht sich ebenfalls für einen Prüfauftrag aus.

Herr Wilke ergänzt, dass in Berlin Parklets bereits nach einem Jahr aufgrund der hohen Kosten und wegen Vandalismus wieder abgeschafft wurden.

Herr Adler folgt ebenfalls dem Vorschlag eines Prüfauftrags. Er plädiert weiter dafür, nur die in dem Antrag konkret angegebenen Standorte und nicht darüber hinaus zu prüfen.

Herr Finken spricht sich für den Antrag in der eingebrachten Form aus. Er hält

solche Überlegungen angesichts der Entwicklung der Stadt für notwendig.

Auch Herr Raschke spricht sich für eine weiterführende Prüfung aus.

Dr. Kretschmer übernimmt den Vorschlag der Verwaltung, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln und die Prüfung im Rahmen und in den Grenzen des Innenstadtverkehrskonzeptes zu prüfen. Das Ergebnis soll im hiesigen Ausschuss vorgestellt werden.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **im Rahmen und in den Grenzen des Innenstadtverkehrskonzeptes die Verbesserung der Aufenthaltsqualität** in der Brandenburger Straße durch das Aufstellen von (mobilen) Parklets zu **verbessern/prüfen**. Die Parklets sollen an den folgenden Standorten aufgestellt werden:

- Kreuzungsbereich Brandenburger Straße – Friedrich-Ebert-Straße
- Kreuzungsbereich Brandenburger Straße – Jägerstraße
- Kreuzungsbereich Brandenburger Straße – Dortustraße
- Kreuzungsbereich Brandenburger Straße – Lindenstraße
- Kreuzungsbereich Brandenburger Straße – Hermann-Elflein-Straße

Die Parklets sollen aus Bepflanzungen, Sitzmöglichkeiten und Fahrradabstellplätzen bestehen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, weitere Orte im Stadtgebiet prüfen zu lassen, an denen (mobile) Parklets eine schnelle Verbesserung der Aufenthaltsqualität bewirken können.

Über das Ergebnis der Prüfung ist im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.9 **Divestment und Finanzanlage nach ökologischen, sozialen und Good Governance-Kriterien**

Vorlage: 20/SVV/0849

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
FA, KUM, HA

Herr Twerdy berichtet von der Behandlung im Finanzausschuss vom 2.9.2020 und bringt die dort mit 6:1:1 beschlossene Fassung ein:

1. „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung den Entwurf einer Anlagerichtlinie für die

- Landeshauptstadt Potsdam im 1. Quartal 2021 vorzulegen.
2. Die Anlagerichtlinie soll auf ethische und klimapolitische Kriterien, neben der Ausgestaltung der gesetzlichen Vorgaben, abstellen.
 3. Sie soll sinngemäß in den Beteiligungen der Landeshauptstadt Potsdam, sowie beim kommunalen Versorgungsverband Brandenburg Berücksichtigung finden“.

Der Vorsitzende stellt die Fassung des Antrages aus dem Finanzausschuss vom 2.9.2020 zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

- 1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung den Entwurf einer Anlagerichtlinie für die Landeshauptstadt Potsdam im 1. Quartal 2021 vorzulegen.**
- 2. Die Anlagerichtlinie soll auf ethische und klimapolitische Kriterien, neben der Ausgestaltung der gesetzlichen Vorgaben, abstellen.**
- 3. Sie soll sinngemäß in den Beteiligungen der Landeshauptstadt Potsdam, sowie beim kommunalen Versorgungsverband Brandenburg Berücksichtigung finden.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 1

zu 3.10 Aufhebung der Sperrung Gutenbergstraße / Jägerstraße
Vorlage: 20/SVV/0852

Einreicher: Fraktion Freie Demokraten
(nur KUM)

Dr. Kretschmer bringt den Antrag ein.

Herr Rubelt erinnert an das intensive Prüf- und durchgeführte Workshopverfahren und die im Ergebnis gefundene fundiert analysierte Lösung in Form der Diagonalsperre. Mit ihrer Umsetzung wurden hier auch die Ziele der Stadt umgesetzt. Als wichtige Achse für den Radverkehr bestand an dieser Stelle Handlungsbedarf.

Herr Twerdy führt noch einmal aus, warum die Maßnahme gerade an dieser Stelle umgesetzt wurde, nämlich um den Schleichverkehr zu sperren.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die durch Poller erfolgte Sperrung der Gutenbergstraße im Kreuzungsbereich der Jägerstraße aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0
Ablehnung: 7
Stimmenthaltung: 2

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.11 Mehr Sicherheit für Kreuzung Hügelpweg

Vorlage: 20/SVV/0855

Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
(nur KUM)

Herr Troche bringt den Antrag ein.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) weist auf nötige Verkehrstechnische Untersuchungen hin, die eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Sie schlägt vor, die Berichterstattung über die Prüfergebnisse im hiesigen Ausschuss vorzunehmen, voraussichtlich im Dezember 2020.

Herr Troche übernimmt den Vorschlag zur Berichterstattung im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die unübersichtliche Lage im Kreuzungsbereich Hügelpweg/ Hermann- Struve- Straße und Hügelpweg/ Gutsstraße aufgelöst werden kann.

Auch die Möglichkeiten des Aufstellens eines Verkehrsspiegels oder einer einmaligen Vorfahrtsregelung wie im Kreuzungsbereich Pannenbergstraße/ Florastraße sollten in die Prüfung mit einbezogen werden.

Das Prüfergebnis wird im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 3.12 Verringerung des Ruhenden Verkehrs

Vorlage: 20/SVV/0858

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KUM, SBWL

Herr Twerdy bringt den Antrag ein.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) sieht hier eine Verzahnung mit dem Stadtentwicklungskonzept (StEK) Verkehr, weswegen die Prüfung auch im Rahmen seiner Fortschreibung vorgenommen werden sollte. Ein Zwischenbericht könnte dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität im März 2021 gegeben werden.

Herr Twerdy übernimmt den Vorschlag von Herrn Niehoff, die Prüfung im Rahmen der Fortschreibung des StEK Verkehr vorzunehmen.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **im Rahmen der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes (StEK) Verkehr** ein konkretes Konzept zur Verringerung des Ruhenden Verkehrs im öffentlichen Straßenraum vorzulegen.

In einem ersten Schritt sind insbesondere die Potsdamer Innenstadt als bestehender Stadtteil und Krampnitz als zukunftsweisende Neuplanung zu betrachten.

Darin sollen alle Mittel ausgeschöpft werden, um Fahrzeuge in bestehenden Parkhäuser bzw. Tiefgaragen zu bündeln und neue Mobilitätsformen (z.B. Lastenräder/e-Mobilität) zu fördern. Soweit die Errichtung von weiteren Parkhäusern oder Tiefgaragen betrachtet wird, ist dies nur mit einer entsprechenden Verringerung der Gesamtbilanz von Stellplätzen für den motorisierten Individualverkehr zu verbinden.

Ebenso ist der Betrieb von Parkhäusern oder Tiefgaragen in kommunaler Trägerschaft zu betrachten. Dazu ist die erforderliche strukturelle Verankerung im „Unternehmensverbund der Stadt“ zu definieren.

~~Der Stadtverordnetenversammlung~~ **Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität** ist im März 2021 **ein Zwischenbericht zu erstatten** ~~zu erstatten~~ **vorzulegen.**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

zu 3.13 Temporäre Spielstraßen einrichten

Vorlage: 20/SVV/0863

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke
(nur KUM)

Herr Twerdy bringt den Antrag ein und übernimmt den Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE:

„Die Ds 20/SVV/0863 wird in folgender neuen Fassung beschlossen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, kurzfristig zu prüfen, wo in Potsdam für einen Tag in der Woche temporäre Spielstraßen eingerichtet werden können, die zeitweise für den Autoverkehr gesperrt sind.

Insbesondere sind folgende Straßen zu prüfen:

- die Pasteurstraße und Fultonstraße in Babelsberg
- die Eisenhartstraße in der Innenstadt
- die Feuerbachstraße in der Brandenburger Vorstadt
- die Straßen Sperberhorst, Milanhorst und Schilfhof im Stadtteil Schlaatz.“

Auf eine Nachfrage von Herrn Adler geht Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) ein und bietet eine Berichterstattung im hiesigen Ausschuss im Dezember 2020 an.

Der Vorsitzende stellt die neue Fassung des Antrages zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, kurzfristig zu prüfen, wo in Potsdam für einen Tag in der Woche temporäre Spielstraßen eingerichtet werden können, die zeitweise für den Autoverkehr gesperrt sind.

Insbesondere sind folgende Straßen zu prüfen:

- die Pasteurstraße und Fultonstraße in Babelsberg**
- die Eisenhartstraße in der Innenstadt**
- die Feuerbachstraße in der Brandenburger Vorstadt**
- die Straßen Sperberhorst, Milanhorst und Schilfhof im Stadtteil Schlaatz.**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 3.14 Ortsdurchfahrung (L204) Paaren sicher machen

Vorlage: 20/SVV/0867

Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
(nur KUM)

Herr Troche bringt den Antrag ein und begründet ihn. Er bittet um Zustimmung.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) informiert, dass die Verwaltung die Prüfung vornehmen kann.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie ein sicheres Befahren der Ortsdurchfahrt Paaren (L204) ermöglicht werden kann und die Einrichtung einer Tempo-30-Zone ermöglicht werden kann. Dabei ist in erster Linie die Sicherheit der Anwohner sowie die Sicherheit der Nutzerinnen und Nutzer der im Ortszentrum befindlichen Bushaltestellen in den Mittelpunkt der betrachtenden Prüfungshandlungen zu stellen.

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist im Dezember 2020 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.15 Klimaschutzbericht 2017 und Sachstandsbericht zum 1. Aktionsplan des Masterplan 100% Klimaschutz

Vorlage: 20/SVV/0764

Einreicher: Oberbürgermeister, Koordinierung Klimaschutz
(Mitteilungsvorlage)

Frau Haebel kritisiert die nicht vorhandenen Fortschritte hinsichtlich des Wärmeverbrauchs pro Einwohner. Klimaschutz gehe in Potsdam im Allgemeinen nur im Schnecken tempo voran, es müsse mehr getan werden. Das fehlt ihr im Bericht wie auch im Prozess in Potsdam insgesamt.

Der ausstehende Anschluss an Fernwärme für ganze Viertel müsse jetzt geplant werden. Sie fragt sich, welche Lösungen es für die noch nicht angeschlossenen Viertel gibt es.

Herr Raschke schließt sich der Kritik von Frau Haebel an.

Herr Rubelt erinnert an den Masterplan Klimaschutz und weist darauf hin, dass zu Beginn zunächst einmal viel konzeptionell gearbeitet wird. Zudem arbeitet Potsdam gegen einen anhaltenden Wachstumstrend – vor diesem Hintergrund

kann von Schneckentempo nicht die Rede sein. Außerdem liegt der Zeitraum, auf den sich der Bericht bezieht, auch schon etwas zurück und spiegelt nicht den aktuellen Stand.

Herr Said verweist auf die globale Sicht. Das Problem kann nicht allein durch die Bestrebungen Potsdams gelöst werden.

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) ergänzt die Ausführungen von Herrn Rubelt. Der Klimaschutzbericht bezieht sich auf einen Zeitraum bis 2017 und ist insofern überholt. So gibt es einige Maßnahmen, die zwar schon umgesetzt, aber in diesem Bericht noch nicht enthalten sind. Potsdamer Ziele sind durchaus erreicht, zumal die größten Schritte zur Erreichung der gesetzten Ziele bis 2050 noch vor uns liegen. Beispielsweise die Dekarbonisierungsstrategie, mit deren Veröffentlichung Ende dieses Jahres gerechnet wird. Anknüpfungspunkt der Landeshauptstadt sind die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

Herr Twerdy hält fest, dass für sinnvolle Strategien und Maßnahmen aktuelle Berichte mit aktuellen Zahlen notwendig wären.

Nach weiterer Diskussion nimmt der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität die Mitteilungsvorlage Drucksache 20/SVV/0764 zur Kenntnis.

zu 3.16 Straßenlaternen zu Ladesäulen

Vorlage: 20/SVV/0810

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur (Grün- und Verkehrsflächen)
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage Drucksache 20/SVV/0764 zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Vorstellung Verkehrswirkungsanalyse Krampnitz

Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) stellt die Verkehrswirkungsanalyse Krampnitz anhand einer Präsentation, die diesem Protokoll als Anlage beigefügt ist, vor.

Herr Spade bittet in Bezug auf die Insel Nedtlitz zu prüfen, ob statt der geplanten zweispurigen Tramtrasse auch eine einspurige möglich ist.

Frau Dr. Klockow hinterfragt, wie realistisch die vorgestellte Analyse ist. Sie bezweifelt beispielsweise, dass die alternativen Angebote rechtzeitig vorhanden sein werden, um das Mehr an Kfz-Verkehr zu kompensieren. Einiges von dem,

was hier vorgestellt wurde, kann sie sich nicht vorstellen. Auch der vorzunehmende ökologische Umbau bereitet ihr Sorgen.

Herr Said stellt fest, dass sich diese Probleme erledigen würden, wenn mit weniger Einwohnern geplant wird – zum Beispiel mit 3.800.

Herr Rubelt informiert, dass die Zweispurigkeit der Tram notwendig sei, um leistungsfähig zu sein. Zur Höhe der geplanten Einwohner teilt er mit, dass eine leistungsfähige Infrastruktur erst ab einer Zahl von 10.000 Einwohnern möglich ist.

Herr Niehoff geht auf die Anmerkungen von Frau Dr. Klockow ein. Das Wachstum der Landeshauptstadt verläuft unabhängig von Kramnitz und dem muss man sich auch verkehrlich stellen.

Auf den Hinweis von Frau Lange zum Wachstum der Ortsteile der letzten Jahre, den sie in der Analyse nicht abgebildet sieht, erklärt Herr Niehoff, dass dieser mit bedacht worden ist. Die verwendete Methode gleicht hier aus.

Er verweist überdies auf das Stadtentwicklungskonzept (StEK) Verkehr, das einen Gesamtüberblick biete und mehr Standorte beinhaltet und betrachtet. Die heute vorgestellte Analyse zeigt allein die Effekte, die aus Kramnitz resultieren.

Nach weiterer Diskussion nimmt der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität die Vorstellung zur Kenntnis.

zu 4.2 **Berichterstattung zu Stahnsdorfer Straße in eine Fahrradstraße umwandeln (gem. Beschluss zur DS 20/SVV/0023)**

Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) informiert, dass es sich heute um einen Zwischenbericht handelt, die Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen. Er geht auf einzelne Punkte des Prüfauftrages ein, eine ausführliche Berichterstattung wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Zum Thema Fahrradstraße konnte festgestellt werden, dass mittlerweile der Radverkehr den vorrangigen Verkehr auf der Stahnsdorfer Straße ausmacht. Um eine Fahrradstraße festzulegen, müsste jedoch der Kfz-Verkehr (Durchgangsverkehr) reduziert werden. Hierfür würden verschiedene Maßnahmen geprüft.

Herr Kuppert hält es nicht für zielführend den Linienbus an dieser Stelle herauszunehmen. Außerdem findet er es bedauerlich, dass Parkflächen nicht reduziert werden.

Herr Berlin hält hier gerade den Busverkehr für die größte Gefahrenquelle, so dass er herausgenommen werden sollte.

Herr Walter erkundigt sich zum einen nach der Möglichkeit des Anwohnerparkens, zum anderen wann das abschließende Ergebnis der

Untersuchung vorliegt.

Herr Niehoff geht auf die Anmerkungen der Mitglieder ein. Eine abschließende Berichterstattung kann möglicherweise im Februar 2021 im hiesigen Ausschuss erfolgen.

zu 4.3 Sachstandmitteilung Eröffnung Übergang Groß Glienicke nach Berlin
Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) informiert, dass zwischenzeitlich ein Eigentümerwechsel stattgefunden hat. Der neue Eigentümer ist von der Verwaltung angeschrieben worden, auf eine Rückmeldung wird noch gewartet.

zu 4.4 Berichterstattung zur Baumaßnahme Behlertstraße
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) stellt die Planung anhand einer Karte vor. Explizit geht sie auf die Situation der Baumbestände ein. Für zu fällende Bäume werden neue gepflanzt. An bestimmten Stellen ist es möglich, dem Wurzelwerk mehr Platz zu verschaffen, um das Anwachsen zu fördern. Zudem wird es, im Gegensatz zum jetzigen Zustand, einen angemessen breiten Radweg geben.

Der Baubeginn ist für März 2021 vorgesehen. Die Bauzeit soll, inklusive Winterpause, 18 Monate betragen. Bezüglich der Umleitungsgestaltung gab es einen Prüfauftrag, der voraussichtlich im November 2020 abgeschlossen sein wird.

zu 5 Sonstiges

Pappeln an der Nuthe

Herr Rubelt bietet den Mitgliedern einen Vor-Ort-Termin zur Besichtigung der an der Nuthe zu fällenden Pappeln an. Er hält es für wichtig, sich dieses größere Projekt vor Ort anzuschauen und erläutern zu lassen.

Ein Terminvorschlag geht den Mitgliedern im Nachgang zur Sitzung zu.

Stadtradeln 2020

Der Vorsitzende wirbt für das auch in diesem Jahr stattfindende Stadtradeln vom 7. bis 27.9.2020 und bittet vor allem die Stadtverordneten um zahlreiche Teilnahme und entsprechende Anmeldung über das Onlineportal.

Andreas Walter
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift